

**Für Freiheit,  
Gerechtigkeit  
und Solidarität!**



**150 Jahre deutsche  
Sozialdemokratie.**

DIE NEUE ZEIT

**Eine Ausstellung der  
Friedrich-Ebert-Stiftung**

**Eröffnungsreden**



Reihe  
Gesprächskreis Geschichte  
Heft 103

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

**„150 Jahre deutsche Sozialdemokratie.  
Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!“**

Eröffnungsreden

---

Gesprächskreis Geschichte

Heft 103

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke  
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen  
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: [Eva.Vary@fes.de](mailto:Eva.Vary@fes.de)  
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen  
Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

© 2013 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:  
Anja Kruke

Gestaltung und Satz:  
PAPYRUS – Schreib- und Lektoratsservice, Buxtehude

Umschlag:  
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Bildnachweis:  
Titelbild: Jaroslav Toussaint typo+graphische formgebung,  
unter Mitarbeit von Katharina Zettl  
Bilder im Heft: siehe Angaben am Bild

Herstellung:  
Katja Ulanowski

Druck:  
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-722-9  
ISSN 0941-6862

## Inhalt

Vorwort .....	4
Dr. Peter Struck .....	5
Dr. Wolfgang Thierse .....	8
Dr. Hans-Jochen Vogel .....	11
Dr. Erhard Eppler.....	19
Hannelore Kraft.....	32
Michael Sommer.....	37

## Vorwort

2013 wurde die älteste demokratische Partei Deutschlands 150 Jahre alt. Am Ende dieses Jubiläumsjahres blicken wir auf viele Gedenkfeiern und Ereignisse zurück, die die lange demokratische Tradition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erinnerung gerufen und in einen aktuellen Bezug gestellt haben. Die große Wanderausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!“ tourte zwischen September 2012 und Dezember 2013 durch 25 deutsche Städte und war an wichtigen politischen und historischen Stätten, wie der Frankfurter Paulskirche, zu sehen. Ergänzt wurde die Ausstellung insbesondere durch den Begleitband zur Ausstellung (Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848 – 1863 – 2013), ein historisches Lesebuch der Akademie für soziale Demokratie sowie durch ein eigenes online-Portal ([www.geschichte-der-sozialdemokratie.de](http://www.geschichte-der-sozialdemokratie.de)).

Diese vielfältigen Aktivitäten der Stiftung erfuhren große Publikumsresonanz, machten den elementaren Beitrag der Sozialdemokratie für die Entwicklung unseres Landes deutlich und trugen so auch zur Identitätsstärkung bei.

Das Archiv der sozialen Demokratie hat die Aufgabe übernommen, die Objekte und Dokumentationen des Erinnerens an die 150-jährige Existenz der Sozialdemokratie zentral zu sammeln, um die Aktivitäten in ihrer ganzen Breite dokumentieren zu können. Die vielen bei uns eingehenden Beiträge zeigen, wie lebendig und vielfältig sich die Sozialdemokratie an ihre eigene Geschichte erinnert und sie in die Zukunft fortträgt. Wir möchten mit der vorliegenden Auswahl von Reden, die jeweils anlässlich der Eröffnungen Ausstellung gehalten wurden, Schlaglichter auf das Jahr setzen: auf die politischen wie auch ganz persönlichen Erzählungen, Erinnerungen aber auch dem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Partei im 21. Jahrhundert.

*Kurt Beck*

Dr. Peter Struck  
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

12. September 2012, Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, lieber Norbert Lammert, liebe Freundinnen und Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung, liebe Gäste,

ich danke dem Deutschen Bundestag, dass er uns die Gelegenheit gibt, diese Ausstellung über die Geschichte der Sozialdemokratie hier im Bundestag zu eröffnen. Der Namensgeber dieses Hauses, Paul Löbe, Reichstagspräsident in den letzten Jahren der Weimarer Republik, war einer jener großen Sozialdemokraten, die uns stolz machen auf den 150-jährigen Kampf der Sozialdemokratie für eben diese Demokratie.

Dieser Ort, der Bundestag als Herzstück der Demokratie, ist ein würdiger Platz, um die große, spannende Erzählung vom 150-jährigen Kampf für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu beginnen.

Wir als Friedrich-Ebert-Stiftung haben die 150-jährige Geschichte in dieser Ausstellung dokumentiert. Der Fundus dafür ist das Archiv der sozialen Demokratie. In ihm hüten wir die Schätze, die Höhen und Tiefen, die Erfolge und Verfolgungen, die die Sozialdemokratie errungen haben oder erleiden musste.

Dieses Archiv selbst ist Teil der Geschichte der SPD. Es wurde 1969 auf Betreiben des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt gegründet. Nicht als bloße Sammelstelle von Quellenmaterial. Nein, Willy Brandt gab ihm schon bei der Grundsteinlegung den Auftrag, nicht nur zu sammeln, sondern zur Aufklärung und zu mehr sozialer Demokratie beizutragen.

Die Ausstellung zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung, die nicht erst am 23. Mai 1863 mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins begonnen hat. In sechs Kapiteln wird die komplexe Geschichte der Sozialdemokratie erzählt. Und in dieser Erzählung wird klar, dass es ohne Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert keine demokratische Entwicklung



Dr. Peter Struck, 12.09.2012, Berlin, Paul-Löbe-Haus  
Bild: Anja Rosenthal

in Deutschland gegeben hätte, dass ohne sie der Sozialstaat als eine Form des Schutzes vor Lebensrisiken keine Chance gehabt hätte.

Diese Ausstellung wird von heute an durch die Republik reisen. Sie wird an 24 Orten zu sehen sein. An Orten, die für die Sozialdemokratie und ihre Geschichte von großer historischer und emotionaler Bedeutung sind. In Leipzig natürlich, dem Geburtsort der Sozialdemokratie 1863, in der Frankfurter Paulskirche als einer der wohl bedeutendsten Stätten der frühen demokratischen Bewegung in Deutschland. In Augsburg, wo sich früh der Allgemeine Arbeiterverein Augsburg konstituierte. In Heidelberg, dem Geburtsort von Friedrich Ebert. Um nur einige Stationen zu nennen. Es wird eine Reise durch die Erinnerungsorte der Sozialdemokratie werden, eine Reise durch die freudvollen und leidvollen Momente der Partei.

Für alle, denen dieser Eindruck über die Geschichte der SPD nicht ausreichend ist, wird in den nächsten Tagen dieses Buch auf den Markt kommen, das mit Essays, klassischen Texten, symbolhaften Bildern und Fotos die Begegnung mit der Sozialdemokratie noch einmal vertieft.

Darüber hinaus gibt es im Internet ein Portal zur Geschichte der Sozialdemokratie. Neben vielem anderen wird es am Ende einen Überblick über die Geschichte aller Ortsvereine der SPD geben. Und jeder kann an der Fortschreibung seines Ortsvereins mitarbeiten. Das ist ein fortwährender Prozess, der in dieser Form einmalig ist in der deutschen Parteiengeschichte.

Als kleines Geschenk für alle Gäste des heutigen Abends haben wir das „Lesebuch zur Geschichte der Sozialen Demokratie“ ausgelegt. Diese Lesebuchreihe, die Politik knapp auf den Punkt bringt, ist seit Jahren ein gefragtes und erfolgreiches Produkt unserer Politischen Akademie. Für all diejenigen, die mehr über die Arbeiterbewegung in Berlin wissen möchten, liegt ein historischer Reiseführer aus.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung hat seit mehr als zwei Jahren an der Ausstellung und den anderen Projekten gearbeitet und wird bis zum Beginn des Jubiläumsjahrs weiter auf Hochtouren arbeiten müssen. Dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs und allen anderen Unterstützern mein Respekt und mein Dank. Sie, liebe Gäste, werden beim Gang durch die Ausstellung sehen, die Mühen haben sich gelohnt.

Ich jedenfalls bin der festen Überzeugung: die Mühen haben sich gelohnt. Nicht nur für die Friedrich-Ebert-Stiftung, nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die Demokratie insgesamt. In Zeiten, in denen Demokratie als bloße Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird oder ihr Wert nicht mehr richtig geschätzt wird, ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Generationen vor uns um diese Demokratie kämpfen mussten. Ist es wichtig, klar zu machen, dass Demokratie kein Dauergeschenk ist, dass für sie immer wieder aufs Neue gestritten werden muss. Oder um es immer wieder mit Friedrich Ebert zu sagen: Demokratie braucht Demokraten. Demokraten, wie sie die sozialdemokratische Ideengeschichte für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den letzten 150 Jahren millionenfach geschaffen hat.

Dr. Wolfgang Thierse, MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

12. September 2012, Berlin, Paul-Löbe-Haus

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren,

ich stehe hier für ein kurzes, aber doch nicht belangloses Kapitel in der 150-jährigen Geschichte der SPD. Dieses Kapitel beginnt mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED und der Unterdrückung und Verfolgung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone und der DDR. Und dieses Kapitel endet mit der Neugründung der SPD in der DDR im Herbst 1989 und ihrem Beitrag zur Geschichte der SPD, nämlich dem Beitrag der neuen jungen SPD zur Überwindung des kommunistischen Systems und zum Prozess der deutschen Vereinigung.

Die Gründung der SPD in der DDR Anfang Oktober 89 war wahrlich eine mutige Tat, stellte sie doch die radikalste Infragestellung der Macht der SED dar. Die SPD in der DDR ist entstanden ausdrücklich als Freiheitspartei aus der Bürgerbewegung der DDR. Dann folgte ein Jahr, vom Oktober 1989 bis Oktober 1990, ein wahrlich rasanter Lernprozess, eine große Verantwortungsbereitschaft und, ich glaube das sagen zu können, auch eine große Verantwortungsfähigkeit. Mir war damals manchmal wirklich schwindlig über das Tempo, in dem wir zu lernen und zu entscheiden hatten. Und ich zitiere, nicht aus Eitelkeit, sondern weil das noch ganz aus dieser Erfahrung formuliert ist, was ich auf dem Parteitag der SPD im September 1990, wo die große und die kleine SPD sich vereinigten, gesagt habe:

„Wie in einem Zeitraffer haben wir, die ostdeutschen Sozialdemokraten, alle Seiten, alle, fast alle Höhen und Tiefen der langen Geschichte der Sozialdemokratie durchlaufen. Anfang in der Illegalität, hoffnungsvoller Aufschwung, Selbstüberschätzung, Wahlelnttäuschung, Regierungsbeteiligung, Opposition, Fehler viele, Hoffnungen auch, viel Streit, aber auch allerhand Übereinstimmung, nicht alle sind mehr dabei, viele sind neu hinzugekommen und das Ende dieses Kapitels, das gewollte Ende, ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie beginnt.“



Dr. Wolfgang Thierse, 12.09.2012, Berlin, Paul-Löbe-Haus  
Bild: Deutscher Bundestag/Edgar Zippel

So Originalton September 1990. Es war, wenn ich mich richtig erinnere, der Zusammenhang, von Gerechtigkeit und Freiheit, der uns bestimmt hat. Die Sehnsucht nach einer gerechten Gesellschaft – der ansteckende und anständige Teil der ursprünglichen kommunistischen Motivation – die haben wir geteilt, die war für uns historisch nicht erledigt. Sie um den Preis der Freiheit verwirklichen zu wollen, daran ist der kommunistische Versuch furchtbar, ja mörderisch gescheitert. Dieses historische Kapitel, von dem die DDR nur ein blamabler Teil war, ist hoffentlich endgültig erledigt und die Lektion gelernt. Für die Sozialdemokratie jedenfalls war und bleibt der untrennbare Zusammenhang von Gerechtigkeit und Freiheit Kern ihrer Identität – seit Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vor 150 Jahren und bestätigt durch unsere Erfahrung in 40 Jahren Kommunismus in der DDR: Durch gemeinsames politisches Handeln die Emanzipation des Menschen voranbringen, die ökonomischen Verhältnisse sollen nicht das letzte Wort über die Stellung des Menschen in der Gesellschaft haben. Gerech ist nach sozialdemokratischer Auffassung, was die individuellen,

natürlichen Ungleichheiten und die soziale Herkunft nicht zum unentrinnbaren Schicksal werden lässt. Und so haben wir es denn in unserem geltenden Programm formuliert: Gerechtigkeit ist gleiche Freiheit. Gleiche Freiheit der Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur, Demokratie. Das ist unser bleibender Maßstab. Und das Erbe der ostdeutschen Erfahrung? Ich würde es so formulieren: Niemals Gerechtigkeit und Freiheit einander entgegensetzen, niemals das Eine dem Anderen opfern. Das ist unsere Erfahrung und die verpflichtet uns heute und in Zukunft.

Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a. D.

## „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“

Einige Bemerkungen zur Geschichte unserer Partei

14. November 2012, Augsburg, tim | Staatliches Textil- und Industriemuseum

Wegen meines nun doch schon fortgeschrittenen Alters, aber auch wegen meiner schwieriger gewordenen gesundheitlichen Verhältnisse kann ich Einladungen wie der heutigen nur noch in wenigen Ausnahmefällen Folge leisten. Dies heute ist ein solcher Ausnahmefall. Einmal, weil es um das 150-jährige Jubiläum unserer Partei geht, die für mich seit meinem Beitritt vor zweiundsechzig Jahren zu einem ganz substanziellen Teil meines Lebens geworden ist. Und zum anderen, weil ich mich Augsburg noch immer besonders verbunden fühle. Dies schon deshalb, weil mich Wolfgang Pepper als seinerzeitiger Oberbürgermeister in den 1950er Jahren dafür zu gewinnen suchte, in den Dienst seiner Stadt zu treten. Wenn ich ihm auch absagte und München den Vorzug gab – beeindruckt hat mich das damals schon. Und ich bin immer wieder gerne hierher gekommen.

Heute – ich sagte es schon – geht es um die Geschichte unserer Partei. Sie ist Gegenstand der Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit gestern hier zu sehen ist und in den kommenden Monaten durch die ganze Bundesrepublik wandern wird. Zugleich hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Lesebuch über die Geschichte der sozialen Demokratie vorgelegt. Beide erscheinen mir durchaus gelungen. Deshalb bekunde ich den dafür Verantwortlichen gerne meinen Respekt. Auf diesem Hintergrund wäre es wohl nicht sinnvoll, wenn ich die Geschichte unserer Partei selbst noch einmal nachzeichnen wollte. Ich beschränke mich deshalb auf die Nennung von drei Persönlichkeiten, die wichtige Phasen unserer Geschichte jeweils hier in Augsburg verkörpert haben.

Da ist einmal Leonhard Tauscher. Er wirkte schon 1865 – also kurz nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins – ganz wesentlich an der



Dr. Hans-Jochen Vogel, 14.11.2012, Augsburg, tim | Staatliches Textil- und Industriemuseum  
Bild: bild-text-ton.de

Einrichtung eines örtlichen Zweigvereins und an der Entstehung örtlicher Gewerkschaften hier in Augsburg mit. Wenig später, nämlich 1869, gab er übrigens auch den Anstoß zur Gründung eines Zweigvereins in München.

Dann nenne ich Josef Felder. Er war seinerzeit in Augsburg ansässig und stimmte als Reichstagsabgeordneter im März 1933 zusammen mit 93 Fraktionskolleginnen und -kollegen gegen das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Ich habe ihn noch persönlich gekannt und bis zu seinem Tod im Jahre 2000 häufig in seiner Münchner Wohnung besucht. Dabei kam er immer wieder auf diese Reichstags-sitzung und die ihr vorangehende Fraktionssitzung zu sprechen. Er wurde übrigens 100 Jahre alt.

Als dritten erwähne ich Bebo Wager. Er stand schon bald mit dem an der tschechisch-deutschen Grenze als sogenannter Grenzsekretär tätigen Waldemar von Knoeringen in Verbindung und leistete zusammen mit anderen jungen Sozial-

demokraten dem NS-Gewaltregime aktiven Widerstand. Dafür wurde er 1943 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Nachgehen will ich nun hauptsächlich zwei Fragen. Zunächst der Frage, an welchen Prinzipien, Werten und Zukunftsvorstellungen sich die Sozialdemokratie in den vergangenen 150 Jahren orientiert hat. Und dann der Frage, welche Folgerungen wir aus unserer Geschichte ziehen sollten.

### **A. Woran haben wir uns orientiert?**

Wofür haben sich in ihr Männer und Frauen engagiert und nicht wenige sogar ihre Freiheit und ihr Leben riskiert? Ja, ihr Leben geopfert! Wenn ich es richtig sehe, war das von Anfang an das Bestreben nach einer menschenwürdigen Gesellschaft. Nach einer gerechteren Verteilung von Macht und Wohlstand. Nach einer Ordnung, die sie als demokratischen Sozialismus bezeichneten und von der sie in Anlehnung an die Marx'sche Geschichtstheorie glaubten, sie sei ein mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verknüpfter Endzustand, der im Verlaufe von Klassenkämpfen mit gesetzmäßiger Notwendigkeit eintreten werde.

In der Praxis hat sich die Sozialdemokratie aber auch schon vor 1933 immer wieder um konkrete Verbesserungen bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse bemüht. Nach der Katastrophe der NS-Zeit und in ständiger Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hat sie dann den Begriff des demokratischen Sozialismus im Godesberger Programm von 1959 neu definiert und ihn nicht mehr als Endzustand, sondern als die dauernde Aufgabe beschrieben, den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität durch gesellschaftliche Reformen immer aufs Neue gerecht zu werden. Zugleich hat sich die Sozialdemokratie endgültig der Pluralität und Gleichberechtigung der Begründungen geöffnet. In Übereinstimmung damit heißt es im Godesberger Text:

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalte weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von

Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Die politische Bedeutung dieser programmatischen Weiterentwicklung, die später vom Berliner und zuletzt vom Hamburger Programm bekräftigt wurde, ist auch von heute her gesehen fundamental. Es war in Gestalt des endgültigen Übergangs von der Klassen- zur Volkspartei die tiefste Veränderung in der sozialdemokratischen Programmgeschichte und eine entscheidende Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsverantwortung in den folgenden Jahren und für die damit eröffneten Einflussnahmen auf die Gestaltung unseres Gemeinwesens und der Lebensverhältnisse seiner Bürgerinnen und Bürger.

Gerade in unserer Gegenwart erscheint mir die Besinnung auf diese Grundwerte und ihre Herleitung wichtiger denn je. Denn sie geben uns Halt und Orientierung. Sie schützen uns vor kurzatmiger Beliebigkeit, die da und dort auch in der persönlichen Lebensführung um sich greift. Und sie zeigt auch dem ökonomischen Prinzip, das Erfolge nur noch am materiellen Mehr bemisst, Grenzen auf, die unüberschreitbar sein sollten. Denn es kann nicht oft und nicht laut genug gesagt werden: Der Markt ist ein Instrument, ein unentbehrliches und anderen Mitteln wirtschaftlicher Ordnung überlegenes Instrument. Aber er darf die demokratisch legitimierten Staatsorgane nicht beiseite drängen und sich zur letzten Entscheidungsinstanz aufschwingen. Eben dies haben aber in besonderer Weise der Finanzmarkt und diejenigen getan, die dort weltweite Macht ausüben.

Orientiert haben wir uns aber auch von Anbeginn an am Grundprinzip der Friedenssicherung und der internationalen Solidarität. So haben wir uns schon im Heidelberger Programm von 1925 für ein vereinigtes Europa ausgesprochen, als andere dies noch für Landesverrat hielten. Und die dem Frieden dienende Entspannungspolitik Willy Brandts war eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen der deutschen Einheit. Die internationale Solidarität hat er dann später vor allem durch sein Wirken als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission gefördert.

## **B. Was ergibt sich aus unserer Geschichte für unsere Gegenwart?**

Zunächst einmal: Wir können auf diese Geschichte stolz sein. Natürlich gab es in dieser Geschichte auch Fehlentscheidungen, Irrtümer und Enttäuschungen. Aber zu Recht hat Kurt Schumacher nicht allzu lange vor seinem Tode einmal die deutsche Sozialdemokratie als das sauberste Stück deutscher Geschichte bezeichnet. Willy Brandt hat dem 1969 in einer Rede zum 100-jährigen Bestehen der Münchner SPD so Ausdruck gegeben:

„Die Sozialdemokraten haben niemals einen Krieg vom Zaun gebrochen oder den Krieg verherrlicht, sondern sie haben stets für den Frieden gewirkt. (...)“

Die Sozialdemokraten haben niemals Andersdenkende verfolgt und gepeinigt; sie haben Verfolgungen auf sich genommen, um unserem Volk den Weg in die Freiheit zu ebnen.

Die Sozialdemokraten haben den entscheidenden Anteil daran, dass breite Schichten in unserem Volke von Untertanen zu Staatsbürgern werden konnten; und darauf sind wir stolz.

Hundert Jahre Geschichte der SPD“ – so sagte er – „das bedeute hundert Jahre Kampf um die Verwirklichung der sozialen Demokratie; hundert Jahre Kampf für Frieden und Freiheit; hundert Jahre Kampf für eine moderne, zeitgerechte Gestaltung der Gesellschaft; hundert Jahre Kampf für eine Gesellschaft, die selbst freiheitlich geordnet ist und dem Einzelnen ein größtmögliches Maß an Freiheit bietet.“

Das alles ist aber kein Anlass, sich an die Brust zu klopfen und sich zu überheben – nein, es ist ein Reservoir, aus dem wir Kraft zur Bewältigung der Herausforderungen schöpfen können, vor denen wir heute stehen. Und an denen ist ja wahrlich kein Mangel.

Für die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen haben uns Ferdinand Lassalle und Willy Brandt zwei wichtige Einsichten mit auf den Weg gegeben. Die von Ferdinand Lassalle stammt aus dem Jahre 1863 und lautet:

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Die von Willy Brandt ist jüngeren Datums. Er hat kurz vor seinem Tod im September 1992 in einer Botschaft an den Kongress der Sozialistischen Internatio-

nale, die von mir verlesen wurde, weil er selbst schon nicht mehr reisen konnte, gesagt:

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer, darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Ja – aussprechen was ist. Und – jede Zeit verlangt neue Antworten! Aber diese Antworten müssen den Kriterien standhalten, denen wir unser besonderes Profil verdanken.

Das gilt für die Behebung der aktuellen Euro-Krise. Das gilt ebenso für die Klimaveränderung, die Energiewende, die demografische Entwicklung und die Verringerung der sozialen Kluft, die sich ja seit geraumer Zeit ständig erweitert. Dabei sind mehr und mehr Probleme nur noch auf der europäischen, ja sogar auf der globalen Ebene und nicht mehr im nationalen Bereich zu lösen.

Lasst mich das an zwei Beispielen deutlich machen.

Für die Euro-Krise liegt das auf der Hand. Ebenso auch für die Finanzmarktkrise, die ich ja schon angesprochen habe. In beiden Fällen muss sich die Bundesrepublik mit ihrem politischen und mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht engagieren. Und wir müssen auf dieses Engagement im Sinne unserer Vorstellungen Einfluss nehmen. Das geschieht ja auch. Und wir lassen ja auch keinen Zweifel daran, dass wir ein Auseinanderbrechen Europas verhindern und auf unsere Weise Solidarität mit den europäischen Ländern üben wollen, die der Hilfe bedürfen. Eine Solidarität, die nicht nur fordert, sondern eben auch fördert und die Wirtschaft dieser Völker vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt.

Von zentraler Bedeutung ist ebenso die soziale Kluft, also der Abstand zwischen Arm und Reich, hat sich sowohl im nationalen Bereich, aber auch weltweit erweitert. Es geht einfach nicht an, dass die Zahl der Vermögensmillionäre unablässig steigt und die Zahl derer, die sich an der untersten Einkommensgrenze bewegen, nicht abnimmt, sondern ebenso kontinuierlich wächst. Dass die privaten Geldvermögen von 1992 bis heute von 4,6 auf rund 10 Billionen Euro zugenommen, sich also in 20 Jahren mehr als verdoppelt haben. Wohlgermerkt die privaten Geldvermögen! Die Steigerung der Immobilienvermögen kommt da noch

hinzu und erscheint in diesem Zusammenhang noch alarmierender. Und dass die vermögendsten 10% der Haushalte über knapp 53% des gesamten Nettovermögens (ohne Einrechnung der Betriebsvermögen!) verfügen, die unteren 50% der Haushalte aber nur über ein Prozent, ist ebenfalls nicht in Ordnung. Nein, es ist skandalös. Wir haben in unserer Geschichte nie eine öde Gleichmacherei angestrebt. Aber wir sind nicht ohne Erfolg stets dafür eingetreten, dass alle Menschen unter erträglichen Bedingungen leben können und die gleichen Lebenschancen haben. Das verlangt schon der Hauptgrundwert der Menschenwürde. Wächst die Kluft weiter, gerät auch der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit unser Gemeinwesen insgesamt in Gefahr.

Für die anderen von mir genannten Herausforderungen ließen sich ähnliche Gedanken entwickeln. Aber das würde heute Abend zu weit führen.

Ich weiß – ich habe Euch einiges zugemutet. Aber wer mich einlädt, muss damit rechnen. Deshalb rufe ich den Anwesenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu: Knüpft an die Geschichte Eurer Partei im Sinne des berühmten Ausspruchs des großen französischen Sozialisten Jean Jaurès an, der einmal gesagt hat: Tradition pflegen heißt nicht, kalte Asche weiterreichen, sondern die Flamme am brennen zu halten! Außerdem: Wer kämpft, kann gewinnen, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Und gerade im Jubiläumsjahr müssen wir kämpfen. Sowohl auf der Bundesebene als auch in Bayern. Peer Steinbrück und Christian Ude werden diese Kämpfe anführen. Und beide können gewinnen.

Noch etwas!

Gerade auf dem Hintergrund dessen, was ich jetzt zum Jubiläum unserer Partei gesagt habe, geht mir das dauernde Reden von der „Politik- und der Parteienverdrossenheit“ mehr und mehr auf die Nerven. Ich leugne ja gar nicht, dass es auch in unserer Republik immer wieder schlimme Dinge und persönliches Versagen gegeben hat. Aber dabei dürfen wir die Realität nicht aus den Augen verlieren. Und die stellt sich für mich so dar:

Wenn uns am 8. Mai 1945, also am Tage der bedingungslosen Kapitulation des NS-Gewaltregimes, in dem US-Kriegsgefangenenlager in der Nähe von Pisa, in dem ich mich damals befand, einer gesagt hätte: „Kinder, regt euch nicht so auf! Ich weiß, jetzt seid ihr verzweifelt, aber ich bitte euch, in vier Jahren werdet ihr

ein Grundgesetz haben, das mit seiner Werteordnung eine überzeugende Antwort auf die NS-Ideologie gibt. Ihr werdet zugleich eine Demokratie, einen Rechts- und Sozialstaat und einen föderalen Staat, der auch funktionieren wird, konstituieren. Ihr werdet auch ein Gericht haben, ein Verfassungsgericht, das seine Sache sehr gut machen wird. In zehn bis zwölf Jahren werdet ihr eure zerstörten Städte im Wesentlichen wieder aufgebaut haben. Es werden zwar über zwölf Millionen eurer Landsleute aus ihrer Heimat fliehen oder vertrieben werden, aber in erstaunlich kurzer Zeit werdet ihr sie integrieren, ohne dass es zu schweren Konfrontationen kommt. Wirtschaftlich werdet ihr schon in den 1950er Jahren wieder besser leben als vor dem Krieg, und es wird, wenn auch mit Unterbrechungen, kontinuierlich nach oben gehen. Ihr werdet sogar Exportweltmeister werden. Und trotz der furchtbaren Verbrechen in der Zeit des NS-Gewaltregimes werdet ihr wieder in der Weltgemeinschaft euren Platz finden. Ein Deutscher, nämlich euer Bundeskanzler, wird 1971, 26 Jahre nach Kriegsende, den Friedensnobelpreis bekommen. 1972 werdet ihr in München, der Stadt, die während der NS-Zeit den Titel ‚Hauptstadt der Bewegung‘ trug, bei Olympischen Spielen die Welt zu Gast haben. Es wird zwar für mehrere Jahrzehnte eine Teilung eures Landes geben. Aber sie wird ebenso überwunden werden wie der Ost-West-Gegensatz, der in dieser Zeit die Menschheit gefährdet. Und die deutsche Einheit wird zustande kommen, ohne einen einzigen Schuss und ohne einen Tropfen Blut. Europa wird zusammenwachsen. Es wird dort noch in diesem Jahrhundert keine Grenzen mehr geben und der Friede wird so selbstverständlich werden, wie es für euch der Krieg ist.“ Hätte uns das im Lager einer gesagt, wir hätten gerufen: „Der Mann ist wahnsinnig!“ Oder: „Der verhöhnt uns!“ Doch es sollte so kommen, wenn auch all’ dies nicht vom Himmel fiel. Und die so oft geschmähten Parteien haben daran ganz wesentlich, ja, entscheidend mitgewirkt. Die unsere zumal!

Wir haben daher wahrlich keinen Anlass, verdrossen zu sein. Vielmehr können wir aus der Geschichte der letzten 67 Jahre die Zuversicht schöpfen, dass wir auch die gegenwärtigen Herausforderungen meistern werden. Wenn – ja, wenn wir die Lehren der Vergangenheit beherzigen, unsere Fähigkeiten nutzen und unserer Verantwortung gerecht werden. Deshalb können wir uns auch einmal freuen. Und dankbar sein. Tun wir beides am heutigen Abend im Gedenken an die Generationen von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die uns vorausgegangen sind.

Dr. Erhard Eppler, Bundesminister a. D.

9. April 2013, Stuttgart, Rathaus

## I.

1863, im Jahr der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, beherrschte ein ganz anderes Thema die deutsche Öffentlichkeit: Der Konflikt zwischen dem preußischen Abgeordnetenhaus und dem neuen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck. Es ging um die sogenannte „Heeresreform“, mit der Bismarck das preußische Heer vorbereiten wollte auf die Kriege – in den Jahren 1864 bis 71 waren es insgesamt drei –, die er für wahrscheinlich und nötig hielt. Die liberale Fortschrittspartei verweigerte das Geld, Bismarck übergang den Einspruch des Parlaments, brach also die – 1850 vom König selbst zugestandene – Verfassung.

Soweit es damals Organisationen der Arbeiterschaft gab, waren es noch keine Gewerkschaften, auch keine Parteien, sondern „Arbeiterbildungsvereine“, die fast alle von der liberalen Fortschrittspartei dominiert, wenn nicht sogar gegründet waren. Die Arbeiter sollten durch Bildung gefördert werden, damit sie Aufstiegschancen hätten und die demokratische Linke – und das war damals der Liberalismus – verstärken konnten.

Was da ein Intellektueller namens Ferdinand Lassalle in recht schwierigen und sehr ausführlichen Vorträgen den Arbeitern zu sagen hatte, passte ganz und gar nicht in das, was man heute wohl die politische Landschaft nennen würde.

Er nahm nämlich nicht Partei in dem Konflikt, der in Preußen stellvertretend für ganz Deutschland tobte. Ja, er suchte – und fand – sogar Kontakt mit dem verhassten Reaktionär Bismarck, vor allem tat er alles, um die Arbeitervereine dem Einfluss der liberalen Fortschrittspartei zu entziehen, sie zu einer eignen, unabhängigen politischen Kraft zu machen. Kein Wunder, dass man ihm vorwarf, er schwäche die Liberalen, weil er ein Agent Bismarcks sei. Die – überwiegend liberale – Presse fand, dieser Lassalle sei ein reichlich eitler, undurchsichtiger Demagoge, und nicht wenige Arbeiter sahen das ähnlich.



Dr. Erhard Eppler, 09.04.2013, Stuttgart, Rathaus

Bild: Mia Spengler

Was konnte Lassalle, Sohn einer jüdischen Großbürgerfamilie aus Breslau, der viele Jahre seines kurzen Lebens einem Streit der Gräfin Hatzfeld gegen ihren geschiedenen Mann um ein riesiges Vermögen widmete, was konnte dieser finanziell gesicherte, hochgebildete Wissenschaftler zu seiner Verteidigung sagen, wenn er wieder einmal vor Arbeitern sprechen durfte, die er übrigens regelmäßig mit „Meine Herren“ ansprach, denn an Damen dachte damals noch niemand.

Lassalle wusste, was sich später bestätigte, dass die Ausbeutung der Arbeiter – und Arbeiterinnen, die gab es durchaus – nur über den Staat, über seine Gesetzgebung, einzudämmen und zu beenden war. Sein spezielles Konzept, die Arbeiter zu ihren eigenen Unternehmern zu machen durch Produktionsgenossenschaften der Arbeiter, gefördert durch staatliche Kredite, ist nirgends realisiert worden, und doch behielt Lassalle am Ende Recht: Ohne den Staat ging es nicht. Daher war seine erste Forderung das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht anstelle des Dreiklassenwahlrechts, das für Preußen noch bis 1918 galt.

Wie sich dies für Intellektuelle um die Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte, war Lassalle geprägt durch die Philosophie jenes Georg Wilhelm Friedrich Hegel,

der mit Schelling und Hölderlin im Tübinger Stift studiert hatte und auch als berühmter Professor in Berlin hörbar schwälbelte. Für Hegel war der Staat – und Maßstab war doch wohl der preußische vordemokratische Rechtsstaat – „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“, der „Sachwalter der allgemeinen Vernunft“. Nur er konnte Freiheit realisieren, er machte Freiheit erfahrbar, erlebbar. Bei Lassalle war also der Staatszweck die Freiheit, es war Aufgabe des Staates, seine Pflicht, möglichst alle seine Bürger zur Freiheit zu führen. Kein Wunder, dass der Hegelianer Lassalle die Befreiung der Arbeiterklasse – oder wie er meist noch sagte, des „Arbeiterstandes“ als Aufgabe des modernen Staates verstand.

Vielleicht kann man dem Wissenschaftler Lassalle vorwerfen, dass er sich mehr an der Theorie des Liberalismus orientierte als an dessen Praxis. In der Praxis kämpfte die Fortschrittspartei darum, aus einer absoluten Monarchie eine konstitutionelle mit demokratischen Elementen zu machen. Das wollte Lassalle auch. Aber in der Theorie, so fand er, wollten „die Manchester-Männer“ dem Staat nur noch die Rolle des Nachtwächters zubilligen: Der Staat sollte seine Bürger und vor allem deren Eigentum schützen, dem Markt freie Bahn geben und die Ergebnisse des Marktes rechtlich festschreiben. Er sollte also genau das nicht tun, was Lassalle als Schüler Hegels von ihm erwartete: Dass er alle seine Bürger, also auch die ausgebeutete Arbeiterschaft zur Freiheit, zu einer lebberen, erlebberen Freiheit führe, ihnen die Chance lebbarer Freiheit eröffne. Also wurde Lassalle nicht müde, den Arbeitern zu predigen: Der Liberalismus ist nicht Eure Zukunft, er verbaut Euch die Zukunft nicht weniger als der konservative Adel, vielleicht sogar noch mehr, weil er einen Staat will, der nicht nur unwillig, sondern auf Dauer auch unfähig, weil zu schwach ist, Euch zu helfen.

Ferdinand Lassalle konnte sehr wohl sachlich argumentieren. Dazu hatte er oft Gelegenheit vor preußischen Gerichten, die ihn anklagten, „die besitzlosen Klassen gegen die Besitzenden zum Hasse und zur Verachtung öffentlich angereizt“ zu haben. So enthält ein Gerichtsprotokoll vom Januar 1863 seine Vorstellung vom Staat:

„Der Zweck des Staates sei also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, mit welchen er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt, während er in Wahrheit beide, Freiheit und Eigentum, erst im Staate und durch den Staat produziert. Der Zweck des Staats kön-

ne vielmehr kein anderer sein, als das zu vollbringen, was von Haus aus schon seine natürliche Funktion sei, also formell ausgesprochen: durch die Staatsvereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke und eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne niemals erreichen können.

Der letzte und inhaltliche Zweck des Staats sei somit der: das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit andern Worten: die menschliche Bestimmung, d.h. alle Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig sei, zum wirklichen Dasein herauszurufen und zu gestalten. Er sei die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.“ (Lassalle, Reden und Schriften, herausgegeben von Friedrich Jenaczek, München 1970, S. 138).

Hatte für die Liberalen der Staat lediglich die Aufgabe, Raum für die Geschäfte des Bourgeois zu schaffen und die finanziellen Ergebnisse dieser Geschäfte zu sichern, so war es für Lassalle Sinn und Rechtfertigung des Staates, dass er allen seinen Citoyens ein Leben in Freiheit ermögliche. Das war die „natürliche, wenn auch lange vergessene Funktion“ eines jeden Staates.

## II.

Dass er jemandem zum Hass auf andere angestiftet haben sollte, traf den Wissenschaftler Lassalle besonders hart. Er gab den Vorwurf zurück an jene „Manchester-Männer“ in Politik und Presse, die den Staat daran hindern wollten, seine „natürliche Funktion“ zu erfüllen. In seiner Rede am 16.4.1863 vor der Leipziger Arbeiterversammlung, bei der die einen mit Zischen, die anderen mit Bravorufen reagierten, ruft ein offenkundig leidenschaftlicher Lassalle aus.

„Daher eben stammt der Hass aller Manchester-Männer gegen den Staat, weil dieser der einzige Punkt ist, von dem aus man diese Verhältnisse ändern kann. Daher hassen sie nicht diesen oder jenen Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt, und wenn sie könnten, so würden sie, wie sie es hin und wieder ausgesprochen haben, gern den Staat aufheben und ihn untergehen lassen in die Gesellschaft (Zischen und Bravo), damit gar kein Punkt übrig sei, von welchem aus gegen ihre kapitalbewaffnete Ausbeutungssucht irgend ein Schutz nur erdenklich sei. Darum verschreien sie den Staat als das Prinzip alles Bösen, ein Geschrei, dem gewisse heutige Verhältnisse einen gewissen Schein verleihen!“ (a. a. O., S. 215).

„Die gewissen heutigen Verhältnisse“, die dem Hass der „Manchester-Männer“ auf den Staat „einen gewissen Schein verleihen“, sind der preußische Verfassungs-

konflikt, der Sieg der Macht über das Recht einer – dem Land übergestülpten – Verfassung. Daher ist das Zischen aus der Versammlung verständlich. Aber eben: die Manchesterliberalen hassen nicht nur „diese oder jene Staatsform“, also den preußischen Obrigkeitsstaat, sondern „den Staat überhaupt“. Und sie hassen ihn, weil ein Staat das einzige Mittel sein könnte, die Arbeiter gegen ihre „kapitalbewaffnete Ausbeutungssucht“ zu schützen. Lassalle wollte „diese Verhältnisse“ ändern, die Liberalen wollten das einzige Instrument zerstören, das dazu taugte. Wann immer die Rede auf das Staatsverständnis der „Manchester-Männer“ kommt, wird Lassalle aggressiv: Auch da, wo er nur über die indirekte Steuer als Mittel zur Ausbeutung der Kleinen reden will.

„Und während unsere Nichts-als-Freihändler, die Affen der Manchester-Männer, diese Lächerlichen, die sich dünken, Ökonomen zu sein, alle Spalten unserer Tagespresse füllen, und dem irgeleiteten Volke ein Hosianna über die Unverbesserlichkeit und Vortrefflichkeit unserer wirtschaftlichen Zustände singen, während sie den Staat, von dessen Maßregeln, wie der preußische Geheimrat Hoffmann, so auch der englische Nationalökonom John Stuart Mill, übereinstimmend allein die Möglichkeit einer Besserung erwarten, als das Prinzip des Bösen verschreien, um so jede Humanisierende Abhilfe des jetzigen ihnen so profitablen Schlendrians unmöglich zu machen, während sie sich auf alle Weise bemühen – und an sich selbst wenigstens haben sie es bereits erreicht – die öffentliche Vernunft in einen Todesschlaf zu lulen...“ (a. a. O., S. 304).

Während Lassalle sehr wohl auch sachlich argumentieren kann, wird er regelmäßig polemisch, ja verletzend, wenn es um das geht, was er den Hass auf den Staat, Hass auf jeden Staat nennt. Der aber müsse die Konsequenz aus dem Bourgeois-Liberalismus seiner Zeit sein. Seinen Richtern hält er zugute, dass sie vom Staat eine andere Vorstellung haben als die Manchester-Männer:

„Sie, meine Herren, gehören ja nicht den Manchester-Männern an, jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt! Und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte.“ (a. a. O., S. 346f.).

Welch ein Pathos: „Nirgends im ganzen All“ sollte noch ein „sittlicher Punkt“ übrigbleiben, von dem aus man der „kapitalbewaffneten Ausbeutung“ widerstehen könnte. Nicht weniger unterstellte Lassalle den „Manchester-Männern“.

Später, im deutschen Kaiserreich, aber auch in der Weimarer Republik, auch noch in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, haben viele Lassalles Sicht auf den Liberalismus und seinen „Nachtwächterstaat“ für höchst zeitbedingt, einseitig, für die Gegenwart unerheblich gehalten. Schließlich hatte die SPD, die ihren Ursprung in Lassalles Wirken hatte, nicht wenig von den Liberalen übernommen. Auch sie hatte gegen den Obrigkeitsstaat gekämpft. Sie hat, anders als die Liberalen selbst, gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt, das die – im Kern liberale – Verfassung der Weimarer Republik zu einem Fetzen Papier machen musste. Liberale Politiker wie Stresemann hatten der Republik gedient, andere, wie Rathenau, waren für diese Republik gestorben. Keiner hatte sie gehasst.

Kein Staat in Europa, wie gesagt, hatte getan, was Lassalle vom Staat verlangte: Keiner hat mit Staatskredit für Arbeitergenossenschaften die Arbeiter zu ihren eigenen Unternehmern gemacht. Aber wo auch immer aus verfeimten Proletariern selbstbewusste, sozial gesicherte Staatsbürger wurden, war es – neben starken Gewerkschaften – ein Staat mit liberaler Verfassung, der dafür sorgte. Es waren, ganz im Sinne Lassalles, Parteien der Arbeiterbewegung, die mithilfe des Stimmzettels die Staaten dazu brachten. Rechts von diesen Parteien gab es keineswegs nur eine „reaktionäre Masse“. Auch konservative und liberale Kräfte wirkten manchmal beim Aufbau des Sozialstaats mit, zumindest haben sie nur selten wieder abgerissen, was Sozialdemokraten aufgebaut hatten. Natürlich hat Lassalle nie behauptet, wer auch immer sich zu den Liberalen bekenne, müsse den Staat hassen. Gerade das Verhältnis zum Staat war ein Streitpunkt innerhalb und zwischen liberalen Parteien.

Und wie steht es noch einmal ein halbes Jahrhundert später, also im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts? Es lohnt sich, das letzte unserer Zitate daraufhin noch einmal anzusehen. Lassalle traut den „Manchester-Männern“ zu, dass sie „Justiz und Polizei an den Meistfördernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten.“ Sicher, auch heute gibt es keinen ernstzunehmenden Politiker, der die Justiz privatisieren wollte. Aber die Bewäh-

runghilfe und Gerichtshilfe ist etwa im Bundesland Baden-Württemberg 2007 an eine österreichische Firma abgetreten worden. Und die Privatisierung der Gefängnisse, in denen die von der Justiz Verurteilten ihre Strafe absitzen müssen, ist in den USA schon weit gediehen, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es einige Versuche.

Und wie steht es mit der Polizei? Kein Land hat die Polizei gänzlich privatisiert. Aber in den USA gibt es Städte, in denen auf einen Polizisten ein gutes halbes Dutzend Angestellte privater Sicherheitsdienste kommen. Millionen Amerikaner in den „Gated Communities“ haben ihre Sicherheit gänzlich privatisiert. Sie leben hinter elektrisch geladenen Zäunen, Tag und Nacht geschützt von privat angeheuerten und privat besoldeten Sicherheitsleuten. Sicherheit vor Verbrechen ist in weiten Teilen der USA – ganz abgesehen von Ländern wie Mexiko, Brasilien oder Südafrika –, zu einer Ware geworden, die sich einige leisten können, die meisten aber nicht. Und das war doch wohl Lassalles Angsttraum: Bei den „Manchester-Männern“ wird alles zur Ware werden, käuflich für die Betuchten, unerreichbar für die Proletarier. Sicher: So weit sind wir in Deutschland noch nicht. Aber wir haben uns in dieser Richtung bewegt. In den letzten 20 Jahren haben die Finanzminister der Länder ihre Kollegen vom Innenressort gezwungen, immer wieder Polizeistellen einzusparen, während die Zahl der – meist miserabel bezahlten – Angestellten der Sicherheitsdienste kontinuierlich steigt.

Und wie steht es mit den Kriegen, von denen Lassalle vermutet, dass die Manchester-Männer sie „durch Aktiengesellschaften betreiben lassen“ wollten? Noch im Zweiten Weltkrieg wäre der Vorwurf ins Leere gegangen. Im Irak oder in Afghanistan jedoch hat die US-Armee so viel an Aufgaben ausgelagert und an Aktiengesellschaften übergeben, dass manchmal nicht klar war, wo mehr Soldaten und wo mehr Zivilisten beschäftigt waren. Im Irak sind 4.488 amerikanische Soldaten umgekommen, dazu 3.400 vom „Pentagon angestellte Personen“. (Süd-deutsche Zeitung 18.3.2013)

In Lateinamerika besolden Großgrundbesitzer Milizen, die ihren Besitz und ihre Interessen wenig zimperlich verteidigen. Drogenbanden sind so gut bewaffnet, dass sie es sich, wie in Mexiko, leisten können, sich gegenseitig umzubringen

und sich nebenbei noch die Polizei, ja sogar das Militär des Staates vom Hals zu halten. Nicht weit entfernt von Mexiko, in Guatemala, beschäftigen zwölf Kaffeebarone fünfmal mehr Bewaffnete, als die Armee des Staates Soldaten hat.

Kriege zwischen Staaten werden immer seltener, Gewalt innerhalb von Staaten immer häufiger. Je schwächer die Staaten werden, desto dreister gebärden sich privat besoldete Banden, Milizen, die sich oft auch „Rebellen“ nennen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges erleben wir eine Entstaatlichung, Privatisierung, Kommerzialisierung der Gewalt, die an die Zeit vor 1648 erinnert, und dies nicht nur in zerfallenden Staaten weit im Süden, sondern auch in Schwellenländern und – in anderer Form – auch in Industrieländern.

In Europa hatten die Fürsten des späten 15. und des 16. Jahrhunderts dem Adel und den Stadtbürgern einen Pakt angeboten: Sobald ihr auf Gewalt verzichtet, schützen wir euch vor Gewalt. So entstand das Gewaltmonopol des Staates, das dann im Westfälischen Frieden 1648 zur Grundlage einer neuen Ordnung wurde. In den USA, wo freie Siedler erst einmal selbst zurechtkommen mussten, hat es diesen Pakt nie gegeben. Dafür steht in der Verfassung das Recht des Bürgers, Waffen zu tragen. Daher trifft die Privatisierung der Gewalt dort auf weniger Widerstand als in Europa.

Dort galt das Gewaltmonopol des Staates im 19. Jahrhundert als selbstverständlich, jeder Diskussion entzogen. Für Ferdinand Lassalle, der sich in der Geschichte auskannte, war das Gewaltmonopol eine zivilisatorische Errungenschaft, die man sehr wohl auch verspielen konnte. Der Dynamik des Kapitalismus traute er dies zu. Warum sollten die „Manchester-Männer“, wenn ihre wirtschaftliche Macht gänzlich unangefochten war, schließlich nicht selbst für ihre Sicherheit sorgen? Das tun sie heute in weiten Teilen der Erde, keineswegs nur in den „failing states“. Dort waren marktradikale Theorien bestimmend bei den „Anpassungsprogrammen“ des Internationalen Währungsfonds, die meist auf eine Schwächung ohnehin schwacher Staaten hinausliefen.

So zerfällt heute das staatliche Gewaltmonopol, unübersehbar in den „failing states“, immer schwerer übersehbar auch in reichen Ländern und solchen, die dabei sind, reich zu werden.

Losgetreten wurde die marktradikale Welle schon in den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts, erst von Margaret Thatcher, dann von Ronald Reagan. Dass sie unwiderstehlich wurde und über den ganzen Erdball schwappte, hat mit der Implosion des kommunistischen Systems zu tun.

Hatten die Kommunisten versucht, den Markt durch mehr Staat zu ersetzen, so galt es jetzt als fortschrittlich, den Staat, soweit es ging, durch den Markt zu ersetzen. Was den Staat angeht, so gab Ronald Reagan das Stichwort: „Government is not the solution to our problems, government is the problem.“ Das lässt sich ohne geistige Verrenkung so verstehen: Ohne Regierung – und damit ohne Staat – lief alles besser.

Aber ein Präsident kann nicht gut die Abschaffung seiner Regierung und damit seine eigene Absetzung beantragen. Dafür gibt er zu verstehen: Je weniger meine Regierung zu entscheiden hat, je mehr dem Staat und damit der Regierung durch Privatisierung entzogen werden kann, desto besser. Dabei war die Gewalt nicht ausgenommen. Am einfachsten ließ sich dies erreichen, indem man den Staat finanziell kurz hielt, ja ihn aushungerte. Hatte man in den USA bis dahin für Steuersenkung das Wort „tax cut“ gebraucht, so setzt sich jetzt „tax relief“ durch. „Relief“ kann bedeuten „Erleichterung“, aber eben auch „Rettung“. Während „tax cut“ keinerlei Emotionen freisetzt, will „tax relief“ sagen: Steuersenkung ist immer gut, sie kann das Leben erleichtern, manchmal sogar retten. Von nun an konnte ein amerikanischer Präsident zwei unvorstellbar teure Kriege gleichzeitig führen und trotzdem die Steuern – vor allem für die Betuchten – senken, bis die Kreditaufnahme pro Jahr 10 % des Bruttoinlandsprodukts erreichte.

Von Reagans Verdikt zum Hass auf den Staat ist nur ein Schritt. Den hat ein gewisser Grover Norquist getan, ein angesehener, mächtiger Republikaner. Er, der Chef der „Americans for tax reform“, möchte den Staat soweit verkleinern, „dass man ihn bequem in der Badewanne ersäufen kann“. Dazu hat er die meisten republikanischen Abgeordneten durch Eid verpflichtet, niemals eine Steuer zu erhöhen. Genau dieser Eid macht es jetzt so schwierig, fast unmöglich, die Verschuldung der USA wenigstens einzudämmen.

In Europa gibt es immerhin einen Silvio Berlusconi. Er, der reichste Mann Italiens, Herr über viele Verlage und das private Fernsehen, konnte auch als Ministerpräsident den Hass auf den Staat, besonders seine Justiz predigen.

Die meisten Liberalen Europas haben dies nicht getan. Aber es waren liberale und neokonservative Parteien, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts marktradikales Denken am kritiklosesten aufnahmen und vorbehaltlos auf der marktradikalen Welle schwammen. Das gilt auch für die deutsche FDP. Die Sprache eines Grover Norquist hat sie nie übernommen, sie hätte ihre Anhänger verstört. Dafür wurde sie zur Steuersenkungspartei.

Am raschesten wurden in der marktradikalen Epoche die Unternehmenssteuern gesenkt, keineswegs nur durch liberale Parteien. Sprach – und spricht – heute ein Finanzminister von einer „konkurrenzfähigen Unternehmenssteuer“, so meint er einen Steuersatz, der im internationalen Wettbewerb die Investitionen eines global agierenden Kapitals eher anzieht als abstößt. Hier gilt bis heute, auch in der europäischen Union, nicht das Prinzip der Solidarität, sondern das des Wettbewerbs. Der innereuropäische Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern hat alle Eurokrisen und alle Rettungsschirme überlebt. Noch nie war zu hören, dass die Überschuldung der Staaten auch mit diesem Wettbewerb zu tun haben könnte.

### III.

Wie ist es möglich, dass das, was der Theoretiker Lassalle dem Marktradikalismus der „Manchester-Männer“ zugetraut hat, dass das, was er als die letzte Konsequenz marktradikalen Denkens und Handelns, als Kapitalismus pur, an die Wand gemalt hat, erst ungefähr 130 Jahre danach Wirklichkeit wurde?

Die Antwort könnte sein, dass das, was Lassalle kurz vor seinem Tod angestoßen hat, die politische Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie und ihre Ableger dies bis dahin verhindern konnten. Und dann nicht mehr.

Es gibt eben nicht **den** Kapitalismus, sondern immer nur die Form des Kapitalismus, die sich politisch durchsetzen lässt. Auch in den Schaltzentralen des Kapitalismus sitzen Menschen, häufig sehr intelligente, die wissen – oder lernen

können –, was einer Gesellschaft zuzumuten ist und was nicht, was den Widerstand stärkt und welche Zugeständnisse, welche Kompromisse nötig sind, um eine Mehrheit für eine grundsätzlich kapitalistische Marktwirtschaft zu sichern.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren in den wichtigsten Ländern Europas Sozialdemokraten und Sozialisten so stark, dass man sie besser nicht provozierte. Das galt auch für die Zeit zwischen den beiden Kriegen, mehr noch für die drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Überall in Europa hatten die Wähler so etwas wie eine sozialistische oder sozialdemokratische Alternative. Marktradikale Parolen hätten daraus rasch linke Regierungen machen können.

Was noch wichtiger war: Die sowjet-kommunistische Diktatur im Osten war, ihren abstoßenden Zügen zum Trotz, doch als Alternative wirksam. Man machte den demokratischen Sozialisten Zugeständnisse, um sie und die gesamte Gesellschaft gegen die Kommunisten zu immunisieren. Es galt, der Arbeiterschaft zu beweisen, dass sie – auch abgesehen vom Wert der bürgerlichen Freiheitsrechte – im Westen auch materiell besser gestellt war. Dieser Beweis ist auch gelungen.

Als das kommunistische System implodierte, als Fukuyama das Ende der Geschichte proklamierte und die Verbindung von Kapitalismus und einer – doch wohl marktkonformen – westlichen Demokratie zum historischen Endzustand erhob, war es an der Zeit, auf eine Schwächung des Staates zu setzen, „damit gar kein Punkt übrig sei“ (Lassalle), von dem aus etwas daran geändert werden könnte.

Als dieser Punkt, zumindest in Europa, noch nicht erreicht war, hat die Bankenkrise 2008 den Marktradikalismus als Verheißung widerlegt. Kaum jemand glaubt mehr, man müsse nur die Märkte entfesseln, den Staat zurechtstutzen und kurz halten, dann würden die Früchte eines unendlichen Wirtschaftswachstums schließlich auch zu den Armen durchtröpfeln („trickle down“). Aber das Versagen der Finanzmärkte hat diese nicht ohnmächtig, sondern mächtiger denn je gemacht. Das Versagen wurde nicht, wie die marktradikale Lehre vorsieht, bestraft, sondern belohnt. Denn die Staaten, die nun erst die Banken retten und dann die Wirtschaft aus der Rezession holen mussten, haben sich dabei vollends so verschuldet, dass nun die Anleger ihre Zweifel hatten, ob diese Staaten denn

ihre Schulden auf Dauer bedienen oder gar zurückzahlen könnten. Was schließlich vom Crash 2008 übrigblieb, war die Staatsschuldenkrise, die man dann als Staatsversagen interpretieren konnte.

So kommt, was als Verheißung unbrauchbar geworden ist, als Sachzwang wieder. Was den Ländern Südeuropas diktiert wurde, folgt genau dem marktradikalen Kochbuch: Staatsvermögen privatisieren, Staatsleistungen, vor allem für Soziales, aber auch für Bildung mit Infrastruktur abbauen. Dass diese Rosskur wohl mehr schadet als hilft, ahnen die Südeuropäer, die sich – meist erfolglos – dagegen wehren.

Die Richtlinien der Politik, die Impulse, die den politischen Betrieb antreiben, werden heute bestimmt von den Finanzmärkten. Finden genügend Spekulanten den Zeitpunkt gekommen, die Widerstandskraft eines Landes zu testen, so steigen die Zinsen für Staatsanleihen so lange, bis dieses Land unter dem Rettungsschirm der EU Zuflucht suchen muss. Das wäre dann „marktkonformes Europa“, jedenfalls für die Länder, die nicht direkt betroffen sind. Für die betroffenen Völker im Süden ist es das Ende der Demokratie. Ihre Bürgerinnen und Bürger können wählen, was sie wollen, entscheiden tun andere, und diese anderen sitzen in Brüssel und – vor allem – in Berlin.

Sind wir nun doch, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in die Nähe jenes Punktes gekommen, von dem aus politischer Wille nichts mehr ändern kann? Sind, nachdem die Risiken und Gefahren von außen, aus dem Osten verschwunden sind, die Kräfte der demokratischen Korrektur nicht mehr stark genug, um das zu erzwingen, was man in Deutschland „Soziale Marktwirtschaft“ genannt hat? Ist „marktkonforme Demokratie“ nicht ziemlich genau der Zustand, den Lassalle meinte?

Eigentlich müsste es das Ziel aller Demokraten sein, der „marktkonformen Demokratie“ den „demokratiekonformen Markt“ entgegenzusetzen. Wenn es darum geht, ob demokratische Politik noch möglich ist, ob der Wählerwille noch gilt oder ob er sich den Launen der Märkte beugen muss, ob Wahlen noch einen Sinn haben oder nicht, müssten alle Demokraten innerhalb und außerhalb der demokratischen Parteien an einem Strang ziehen.

Ferdinand Lassalle hat seinen Anhängern, anders als Karl Marx, kein neues Gesamtsystem angeboten, das den Kapitalismus ablöst und ersetzt. Das war aus heutiger Sicht, nach der Implosion des kommunistischen Systems, realistisch. Ihm kam es darauf an, dass im demokratischen Staat und durch den demokratischen Staat der Wille und die Interessen der Mehrheit stärker sein sollten als die Interessen der Manchesterliberalen. In den letzten 150 Jahren hat es Epochen gegeben, in denen dies, zumindest in Europa, nicht nur Wunsch, sondern Wirklichkeit war. Unsere Gegenwart gehört nicht dazu.

Die Partei, die aus dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ entstand, wird das, was nun vor uns liegt, nicht allein meistern können. Aber sie muss der Kern einer Bewegung für den demokratiekonformen Markt sein.

Wer dieser Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bescheinigen will, sie habe nach 150 Jahren ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, sie sei überflüssig geworden, ist ein geschichtsblinder Narr.

In einem Jahrzehnt, in dem Lassalles schlimmste Träume wahr werden, spricht vieles dafür, dass diese älteste Partei Deutschlands noch nie nötiger war, aber auch noch nie vor größeren Aufgaben stand als heute. Ihr dabei zu helfen, ist des Schweißes der Edlen wert. An deren Wiege muss noch niemand gesungen haben, dass sie einmal Anlass haben würden, Sozialdemokraten zu werden.

## Hannelore Kraft Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

12. April 2013, Düsseldorf, Landtag Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Carina Gödecke, sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Genossinnen und Genossen,

ja, meine Damen und Herren,

dieser Gruß ist heute auch in den hohen Häusern der Demokratie kein Schimpfwort. Spätestens seit der Bundestagspräsident (Norbert Lammert) im vorigen Jahr bei der Eröffnung dieser Ausstellung *im Bundestag* das Publikum mit diesen Worten ansprach, ist klar: Eine solche Ausstellung ist in den deutschen Parlamenten genau am richtigen Ort, denn die Geschichte der traditionsreichen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geht über *Parteigeschichte* weit hinaus, sie ist ein wichtiger Teil der deutschen Geschichte *insgesamt*. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist auch die Geschichte der Demokratie in unserem Land. Diejenigen, die von ihren Gegnern einst als „vaterlandslose Gesellen“ geschmäht wurden, sind längst fester und guter Teil dieses Landes und dieses Staates geworden. So sehr übrigens, dass sie nun zum 150. Geburtstag sogar eine eigene Briefmarke bekommen, die auch von der Post verkauft wird. Wenn August Bebel *das* noch erlebt hätte...

An dieser Geschichte haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen großen Anteil. Die Düsseldorfer z. B. waren sogar schon in der *Vorgeschichte* der SPD-Gründung maßgeblich beteiligt: 1851/52 gründete Ferdinand Lassalle noch in der Illegalität hier einen Zirkel revolutionärer Arbeiter. 1863 gab es in Düsseldorf bereits einen Zusammenschluss des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Heinrich Heine, der große Sohn der Stadt, arbeitete an den von Karl Marx herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ und schrieb für den „Vorwärts!“. Friedrich Engels, ebenfalls Autor der Jahrbücher, stammte aus Barmen, heute ein Stadtteil von Wuppertal.



Hannelore Kraft, 12.04.2013, Düsseldorf, Landtag Nordrhein-Westfalen  
Bild: Friedrich-Ebert-Stiftung/Iris Nelles

Abgesandte aus Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen und Solingen bildeten eine bedeutende Delegation, als am 23. Mai vor 150 Jahren in Leipzig der ADAV, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, gegründet wurde. Beim einjährigen Jubiläum 1864 hielt Ferdinand Lassalle seine letzte öffentliche Rede im Bergischen Land, in Ronsdorf, vor 2.000 Zuhörern.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Region, die später Nordrhein-Westfalen wurde, hatte für die Entwicklung der SPD größte Bedeutung. Und auch *nach dem Krieg* gingen von hier wichtige Impulse aus: In Bonn verabschiedete 1949 – auch an einem 23. Mai übrigens – der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. Bonn wurde für Jahrzehnte zu *dem* Schauplatz der Bundespolitik. Deutschlandweit bekannt wurde natürlich auch die 1950 errichtete „Baracke“, die SPD Bundeszentrale, die ihren despektierlichen Namen der Ausführung in Leichtbauweise verdankte.

Aber vor allem verbindet sich der programmatische Neuanfang der SPD mit einer nordrhein-westfälischen Stadt: 1959 markierte das Godesberger Programm einen

tief greifenden Kurswechsel für die deutsche Sozialdemokratie. Erst in der Folge von Godesberg wurde aus der Arbeiterpartei SPD die moderne Volkspartei SPD. Eine Partei, die *alle* Schichten ansprach, und auf ein wesentlich *breiteres* Spektrum von Themen setzte. So wurde später auch die Umwelt ein Thema für Sozialdemokraten. Es war wieder in NRW, wieder in Bad Godesberg, wo Willy Brandt vor jetzt ziemlich genau 52 Jahren (am 28. April 1961) zum 1. Mal eine umweltpolitische Vision entwickelte und vom „blauen Himmel über der Ruhr“ sprach. Damals wurde das wenig verstanden, sogar belächelt – heute ist dieser blaue Himmel Realität geworden. Nur das Wetter muss immer noch mitspielen.

Wohl kaum eine andere Region war und ist derart geprägt von industrieller Arbeit und einer organisierten Arbeiterschaft wie es große Teile von NRW sind: Wohlfahrtsverband, Sportverein, Gesangsverein und Unfallhilfe: All das und mehr findet sich in dem, was als sozialdemokratisches Milieu bezeichnet wird. Mit dem Sitz der Bezirke Westliches Westfalen von Partei und Arbeiterwohlfahrt galt Dortmund zu recht stets als „Herzkammer der Sozialdemokratie“.

Aber auch Nordrhein-Westfalen *insgesamt* hat eine lange, sozialdemokratische Tradition. Mit Fritz Steinhoff wurde 1956 hier erstmals ein Sozialdemokrat Ministerpräsident. Ihm folgten Heinz Kühn und Johannes Rau. 20 Jahre stand Johannes Rau an der Spitze des Bundeslandes und mit ihm verbindet sich in Nordrhein-Westfalen eine unvergleichliche Bildungsexpansion. Das alte Aufstiegsversprechen, die Überwindung der „Geißel der Herkunft“, wie es zu Gründungszeiten hieß, diesen Aufstieg durch Bildung allen zu ermöglichen, das hat die Perspektiven von mehr als einer Generation nachhaltig verändert. Zugang zu Bildung, Befreiung aus Unwissen und damit Unfreiheit und Ohnmacht, dieser alte Traum der Arbeiterbewegung wurde auch im Ruhrgebiet auf beispiellose Weise verwirklicht: Durch breiten Zugang sogar zu universitärer Bildung. Und das in einer Region, in der es lange Zeit gar keine Universitäten geben durfte. Mit der breit angelegten Investition in Universitäten und Fachhochschulen wurde damals zugleich nicht weniger als das Fundament für die heutige Wissensgesellschaft gelegt.

Ich selbst war das erste Mädchen in unserer Familie mit Abitur. Ich bin davon überzeugt: Ohne die SPD hätte ich weder Abi gemacht noch studiert. Es war

die Politik der Durchlässigkeit im Bildungssystem, die mich gefördert hat. Eine Politik, die 1971 z. B. zur Einführung des BAföG führte. Und weil Studiengebühren diese Öffnung und Durchlässigkeit hemmen, mussten sie auch wieder abgeschafft werden. Ich bin froh, dass wir das in Nordrhein-Westfalen umgesetzt haben und sich diese Einsicht mittlerweile bundesweit durchgesetzt hat.

150 Jahre Sozialdemokratie, das sind auch 150 Jahre Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Mehrfach taucht in der Ausstellung das Traditionsbanner der SPD im Bild auf. Als Fahne des ADAV zitiert es die Wertetrias der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Diese Grundwerte haben bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. In den 1970er Jahren des vorigen Jahrhunderts sprach der Soziologe Ralf Dahrendorf vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts. Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts sei im Prinzip gelöst. Mit Krankenversicherung, gesetzlichem Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall seien Sozialdemokraten eigentlich überflüssig geworden. Da hat sich dieser sonst kluge Mann einmal gründlich geirrt! Das Gegenteil ist richtig. Verlässliche soziale Absicherung bleibt die Grundlage für den inneren Frieden und auch für die Produktivität einer Gesellschaft. Gute Bildung für *alle*, das ist und bleibt das Erfolgsrezept für eine moderne, leistungsfähige Gesellschaft.

Und deshalb gelten die Worte, die Willy Brandt uns hinterlassen hat: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.“ Denn bei allem Fortschritt müssen wir auch *heute* noch feststellen: Der Bildungserfolg in Deutschland hängt immer noch viel zu stark von der Herkunft ab. Dabei haben gerade *am Anfang* des Bildungsweges Bildungsinvestitionen große Wirkung. Was wir hier versäumen, können wir schwer oder gar nicht mehr ausgleichen. Deshalb ist auch *das* (wie vor über 50 Jahren der „blaue Himmel“) eine Vision, die wir nicht aufgeben: In Zukunft kein Kind mehr zurücklassen.

Die Ausstellung macht Mut. Denn sie zeigt eines ganz deutlich: Trotz zahlreicher Rückschläge, trotz Verbot, Verfolgung und Exil wurde viel erreicht. Die Gleichheit aller Menschen und die Unteilbarkeit der Menschenwürde gehören heute zum Wertekern der zivilisierten Welt, sind als Menschenrechte anerkannt. Das war vor 150 Jahren noch nicht so. Das war auch, mit Blick auf die Rechte der Frauen, selbst vor 50 Jahren noch längst nicht so. Gerade hier hat die SPD eine

bedeutende Erfolgsgeschichte geschrieben. Ich erinnere nur an eine der Mütter des Grundgesetzes, Elisabeth Selbert, die dafür kämpfte, dass es in Artikel 3 schlicht und klar heißt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind die Grundwerte der SPD, aber es ist auch eine *Grundhaltung*. Eine Haltung, die die Kraft gibt, Unterdrückung zu überstehen, die Kraft, auch eigene Fehler zu korrigieren, also stets auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Entscheidend ist: Politik muss immer die *konkreten* Auswirkungen ihrer Entscheidungen im Auge behalten. Johannes Rau hat auf diesen Punkt immer wieder hingewiesen: „Politik, die nicht das Ziel hat, das Leben der Menschen menschlicher zu machen, soll sich zum Teufel scheren, ob sie schwarz oder rot oder grün oder gelb ist. Das Ziel der Politik ist, das Leben der Menschen menschlicher zu machen.“

Diesem Ziel hat sich die SPD verpflichtet, die einzige Partei in Deutschland, die ihren Namen niemals ändern musste. Und ich fühle zweierlei: Stolz *auf* 150 Jahre Geschichte, aber auch Verpflichtung *durch* 150 Jahre Geschichte, das Lebenswerk unserer Vorgängerinnen und Vorgänger fortzuführen.

Die Ausstellung, die heute im Landtag eröffnet wird, gibt Einblicke und sie ermöglicht Einsichten. Ich danke dem Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung ganz herzlich für die gelungene Konzeption und lade Sie herzlich ein, sich ein eigenes Bild dieser faszinierenden 150-jährigen Geschichte zu machen.

## Michael Sommer Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschafts- bundes

4. Juni 2013, Frankfurt am Main, Paulskirche

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen,

bevor ich zu meiner eigentlichen Festrede komme, möchte ich persönlich zwei Vorbemerkungen machen:

Das ist die erste und die einzige Rede, die ich zum 150. Geburtstag der SPD halte. Es ist übrigens auch die erste und einzige, um die ich gefragt worden bin; aber ich will noch eine zusätzliche Bemerkung machen: Ich bin von Peter Struck gefragt worden, und zwar am Tag bevor er starb – und ich hab gesagt, Peter, meinst du, dass so eine gute Idee ist, es ist eure Feier, euer Geburtstag. Und dann hat er gesagt, machst du schon. Und er hatte ja diesen natürlichen rauen Charme, den wir alle an ihm schätzten und da hab ich gesagt, ja mach ich.

Ich sag das deshalb, weil, so sehr ich Kurt Beck schätze und mich sehr freue, dass er jetzt Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, so sehr kann ich auch nicht vergessen, dass ich diese persönliche Beziehung zu Peter Struck hatte und ihm diese Zusage gegeben habe und fühle mich sozusagen ein Stückchen auch heute in der Verpflichtung sehe, auch in Memoriam Peter Struck zu reden.

Das Zweite, was ich sagen will, ist: Es war schon immer mal mein Ziel, in der Frankfurter Paulskirche zu reden, und zwar aus vielen Gründen heraus, nicht nur weil es die Wiege der Demokratie ist, sondern weil ich insbesondere mit dieser Paulskirche ein Gedicht von Georg Herwegh verbinde. Das geht so:

„Zu Frankfurt an dem Main  
Sucht man der Weisen Stein  
Sie sind gar sehr in Nöten  
Moses und die Propheten  
Präsident und Sekretäre



Michael Sommer, 04.06.2013, Frankfurt am Main, Paulskirche  
Bild: Friedrich-Ebert-Stiftung

Wie er zu finden wäre  
Im Parla- Parla- Parlament  
Das Reden nimmt kein End!"

Und dann schreibt Herwegh zum Schluss: „Umringt von Feindeslagern, 400 Gänse gagern.“

Und dieser Herwegh hat mit der Geschichte dieser Fahne und der Arbeiterhymne, die wir eben hörten, sehr viel zu tun. Herwegh war nämlich der Dichter dieser Zeilen. Herwegh war Revolutionär 1848 und im Hecker-Lied heißt es dann: Und dann fiel dem Herwegh bei, dass der Hinweg besser sei. Er ist nämlich geflüchtet beim badischen Aufstand in die Schweiz und war verfeimt in der deutschen Demokratie- und Arbeiterbewegung. Und es war Ferdinand Lassalle, der den völlig verarmten Herwegh bat, sozusagen als Auftragswerk diese Hymne zu dichten. Herwegh starb dann kurz danach, immer noch verfeimt. Übrig geblieben sind diese berühmten Zeilen: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht.“

Und jetzt fragen Sie mich wahrscheinlich, woher ich das alles weiß? Ich bin stolzer Absolvent der Georg-Herwegh-Oberschule in Berlin-Hermsdorf und deswegen habe ich mich dem Namensgeber meiner Schule auch mal gewidmet, aber es bringt mich dann auf meinen eigentlichen Text.

Ich hab mich gefragt, es ist so viel gesagt worden in den letzten Wochen und Tagen zur SPD und über die SPD, vieles Richtige und sehr viel Kluges und sehr viel Originelles, wie näherst du dich eigentlich deiner eigenen Partei in einer solchen Festrede. Und ich hab mich entschieden, das wie folgt zu machen, zu sagen, was die SPD für mich eigentlich ist.

Für mich ist sie zuallererst die **Partei der Arbeit**. Das war ihr Ursprung, das ist ihr Bezugspunkt und das ist auch das, was sie der deutschen, der europäischen, ja wenn man so will, auch der emanzipatorischen Bewegung auf der Welt hinterlassen hat, im sehr, sehr Guten.

Mit der SPD und ihrem Kampf verbinden wir den 8-Stunden-Tag, die Tarifautonomie, die Mitbestimmung, wenn man so will die Emanzipation der arbeitenden Menschen. Das ist für mich SPD. Das ist sie nicht allein, aber das ist sie vor allem.

Und das ist sie und das wird ihr niemand nehmen, von der Abschaffung der Kinderarbeit bis hin, jetzt hoffentlich demnächst, der Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland.

Und wenn wir heute um gute Arbeit kämpfen gemeinsam mit der SPD, dann wissen wir, dass die SPD und die Gewerkschaften auch manches auf dem Weg teilweise mal an Gemeinsamkeiten verloren hatten, aber diesen Bezugspunkt zur Arbeit, den Bezugspunkt dazu, dass arbeitende Menschen eine Würde haben und dieser Würde auch in Staat und Gesellschaft entsprochen werden muss, das ist unser gemeinsamer Ursprung und Auftrag zugleich.

Zum Zweiten ist die SPD für mich die **Partei der sozialen Gerechtigkeit** in vielfältiger Hinsicht. Der Schutz vor Ausbeutung, vor sozialer Not stand am Anfang, übrigens in unterschiedlichsten Ausprägungen: Genossenschaftswesen, Selbsthilfe, Arbeiterbildungsvereine als Ursprung dessen, dass man sich überhaupt emanzipieren kann, selbst emanzipieren kann.

Die Sozialversicherung weiter zu entwickeln, zu schützen, eine Sozialversicherung gegen die Grundübel eines arbeitenden Lebens aufzubauen, gegen die Standardrisiken eines Lebens, die wir alle haben, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Berufsunfähigkeit, das verbinde ich mit der Sozialdemokratie.

Natürlich war es nie die Sozialdemokratie alleine, aber ohne die Sozialdemokratie wäre es nie gegangen. Schon gar nicht in der Ausprägung und ich beziehe das ausdrücklich auch auf das Sozialstaatspostulat unseres Grundgesetzes. Ohne dieses Postulat, ohne dass wir sagen, die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat, ohne dieses Sozialstaatsprinzip, das die Sozialdemokraten erkämpft und normiert haben, gerade auch in der Regierungszeit Willy Brandts, ohne diese Durchsetzung des Sozialstaatspostulats sähe diese Republik, übrigens auch dieses Europa anders aus. Auch das ist SPD.

Zum Dritten, hab ich das der Heidemarie Wieczorek-Zeul eben schon gesagt, aber ich hab es mir hier auch selber aufgeschrieben, ist für mich die Sozialdemokratie auch die **Partei der Geschlechtergerechtigkeit**. Du hast darauf hingewiesen, auf August Bebel, die Frauen im Sozialismus. Ich hab mir hier noch aufgeschrieben Clara Zetkin. Ich hab mir hier auch noch aufgeschrieben, dass das Frauenwahlrecht von der SPD erkämpft und durchgesetzt wurde und du hast auf Elisabeth Selbert hingewiesen, auf die rechtliche Gleichstellung der Frauen im Grundgesetz.

Und wenn man über Frauen redet in dieser Partei, für diese Partei und die wichtige Rolle von Frauen, dann denkt man natürlich auch an viele Frauen, die diese Partei geprägt haben. Ob es Annemarie Renger ist. Regine Hildebrandt oder andere. Die Namen kennen wir alle. Elisabeth Schröder, Marie Juchacz und, und, und, und. Ich will ausdrücklich sagen, die SPD sollte stolz darauf sein, dass sie die Partei der Gleichberechtigung ist und das auch aktiv deutlich machen. Ich sage das auch grade mit Blick darauf, dass sich ja einige anschicken, ihr diese Rolle streitig zu machen. Und ich finde, es ist des Kampfes Wert genug zu sagen, das waren wir nicht nur in der Geschichte, sondern wir sind es auch in der Zukunft, dass wir diese Geschlechtergleichheit durchsetzen werden.

Zum Vierten ist für mich die SPD die **Partei der Demokratie**.

Sie ist nicht nur die älteste demokratische Partei, sondern sie ist die einzige Partei, die für sich in Anspruch nehmen kann, niemals, niemals die demokratischen Grundsätze und das Bekenntnis zur Demokratie verletzt zu haben. Niemals, unter gar keinen Umständen, sondern dass sie die Demokratie erkämpft hat und dass sie sich sehr frühzeitig dafür entschieden hat, den Weg der Demokratie zu gehen.

Das ist übrigens etwas, was Menschen wie mich geprägt hat, nach ersten kommunistischen Verirrungen meiner Jugendzeit zu sagen, nein, das will ich nicht. Ich will den Weg eines demokratischen Sozialismus, eines Sozialismus, der von der Mehrheit der Menschen getragen wird, der durch demokratische freie Wahlen errungen wird. Ein demokratischer Sozialismus, der sich immer wieder der Zustimmung der Menschen versichert und der im Zweifelsfall, wenn er irrt, auch bereit ist zu sagen, dann trete ich jetzt mal für eine Zeit ab, um wieder um neue demokratische Macht zu kämpfen.

Und deswegen habe ich persönlich zum Beispiel eine sehr enge Beziehung zu so einer historischen Figur wie Salvador Allende, der für mich in Südamerika auch die Personifizierung dieses demokratischen Sozialismus' war, nämlich zu versuchen, den demokratischen Weg zu gehen.

Aber, ich hab das eben sehr bewusst gesagt, auch ein bisschen biografisch mit Blick auf meine eigene Vergangenheit, als ich mitkriegte, dass Wolf Biermann ausgebürgert wurde, weil ein stalinistisches System es nicht ertrug, dass in seinen eigenen Reihen Widerspruch da war, da war für mich mein kommunistisches Experiment zu Ende und da war für mich klar, es gibt keine vernünftige Alternative für einen echten Linken zum demokratischen Sozialismus. Dafür steht die SPD.

Ich will an diesem Tag bewusst an einige Stationen erinnern, die damit verbunden sind. Das ist das allgemeine Wahlrecht und die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts. Ich will daran erinnern, dass es in Preußen zum Zeitpunkt der Gründung der SPD noch das Drei-Klassen-Wahlrecht gab.

Ich will daran erinnern, dass die SPD trotz Sozialistengesetz sich dazu bekannt hat, den Weg des Parlamentarismus und der freien Wahlen zu gehen und die Mehrheit dann, die größte Fraktion auch im kaiserlichen Reichstag stellte.

Ich will daran erinnern, dass die SPD die Schöpferin der ersten freiheitlichen Demokratie auf deutschem Boden war und dass der Namensgeber unserer Stiftung, ich hab das neulich mal in so einem Fernsehinterview gesagt, eigentlich so ein bisschen etwas ist wie der deutsche Obama. Er war der erste Arbeiter an der Spitze eines Staates. Er war der erste frei Gewählte, er war der erste Sozialdemokrat, er war der erste Nichtadlige. Alles das ist auch ein Stück Sozialdemokratie, denn Ebert steht dann auch für die SPD.

An Otto Wels ist erinnert worden. Ich will das Zitat nicht wiederholen, so wertvoll es ist und so sehr es eigentlich auch in die Köpfe von jungen Menschen hineingehört und in denen von den Alten verbleiben sollte, will an ein anderes Wort von Otto Wels erinnern, auch mit Blick auf die eigene Geschichte der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben ja in diesem Jahr auch einen Jahrestag, und zwar einen nicht schönen, nämlich den 80. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis.

Wir haben das auch in einem Festakt in Berlin begangen. Auch dort hat Bundespräsident Joachim Gauck eine, wie ich fand, sehr nachdenkswerte und nachlesenswerte Rede gehalten, insbesondere auch zur Bedeutung der Mitbestimmung und der Freiheit von Gewerkschaften. Ich will in dem Zusammenhang an ein anderes Wort von Otto Wels erinnern, der einmal sagte: „Man kann eine Organisation nicht retten, indem man ihre Idee verrät.“ Und genau **das** haben die Gewerkschaftsführer wahrscheinlich mit guten, mit einer guten Meinung, mit einem guten Willen 1933 getan. Sie haben versucht, die Organisation zu retten, indem sie mit den Nazis paktierten und sind am 2. Mai 1933 dabei blutig bestraft worden.

Wir nehmen das zum Anlass, sehr kritisch auch auf unsere eigene Geschichte zu blicken und auch zu wissen, Gewerkschaftsbewegung ist genauso wie Parteien ohne Freiheit und Demokratie nicht denkbar.

Deswegen habe ich mich auch immer persönlich darüber aufgeregt, als die Kandidatur von Joachim Gauck zum Bundespräsidenten begann, dann immer ge-

sagt wurde: Ja, der überbetont den Freiheitsbegriff. Und ich hab immer gesagt, Leute, ich bin der Weltpräsident der freien Gewerkschaften, ich bin da übrigens stolz drauf. Wir sind frei von Parteien, von Staat, von Arbeitgebern. Wir sind nur unseren Mitglieder verpflichtet und den Interessen der arbeitenden Menschen, sonst nichts. Und was gibt es Schöneres, als so was zu sagen, wir sind nicht der Büttel von irgendwem, auch nicht von irgendeiner Staatspartei. Gott sei Dank.

Wenn ich darüber rede, dann will ich auch daran erinnern, dass wir, auch die Gewerkschaften und die SPD, einen weiteren Jahrestag nicht vergessen sollten, nämlich den 17. Juni 1953. Das war auch das Fanal von Freiheit und Arbeiterbewegung, übrigens an der Spitze politisch ausgefochten von einem großen Sozialdemokraten, nämlich von Ernst Reuter. Und auch das gehört dazu.

Ich habe bewusst diese drei Stationen mal genannt, ich hätte andere nennen sollen und viele andere nennen können, ich habe bewusst diese drei Stationen genannt in dieser Festrede, um deutlich zu machen, ja, die SPD ist unter allen Bedingungen immer wieder die Partei der Demokratie gewesen und eine Partei, die der Demokratie verpflichtet ist.

Die SPD ist, um das Fünfte zu nennen, auch die **Partei der Freiheit**. Sie ist die Partei der politischen Freiheit. Sie ist die Partei der sozialen Freiheit und sie ist auch die Partei der Freiheit der Arbeit.

Letzteres ist das, was wir als Gewerkschaften am meisten mit dieser Partei verbinden. Und ich bin ausdrücklich denjenigen wie Carlo Schmid dankbar, die ins Grundgesetz das wichtigste Freiheitsrecht der deutschen Gewerkschaften hineingeschrieben haben, nämlich die Tarifautonomie. Das ist das wichtigste Freiheitsrecht, das wir überhaupt haben, errungen erstmals unter sozialdemokratischer „Regentschaft“ in der Weimarer Republik und jetzt normiert in unserem Grundgesetz. Das gehört auch zur Partei der Freiheit.

Dass wir dann Freiheit verteidigen überall auf der Welt, dass die SPD immer auch an der Spitze derer stand, die die Freiheitsbewegungen auf der Welt unterstützt haben, gefördert haben, übrigens gemeinsam mit der Stiftung, das gehört auch dazu.

Sehen Sie mir nach, wenn ich das sehr persönlich sage, auch noch mal biografisch – für jemand, der neun Jahre alt war, als in Berlin die Mauer gebaut wurde,

kann ich Ihnen nur sagen und Euch nur sagen, es ist für mich immer wieder eine Freude, persönliche Freude zu erfahren, was Reisefreiheit eigentlich bedeutet. Man kann es, so glaube ich nur ermessen, dieses Maß an Freiheit, wenn man es selber, dieses Recht auf Freiheit, beschnitten bekommen hat.

Ich erinnere mich noch, als ich mein erstes Auto kaufte, war ein Ford 12M, 500 Mark damals gekostet und zu meinen Verwandten nach Düsseldorf wollte und vier Stunden an der Zonengrenze gestanden habe. Das war bevor Willy Brandt und Egon Bahr in ihrer neuen Ostpolitik Verträge abschließen konnten.

Das gehört prinzipiell für mich zur SPD, dass sie niemals so einen bürgerlichen Freiheitsbegriff alleine benutzt hat, aber sich auch nie hat in so eine Rolle rein-drängen lassen, dass Freiheit erst dann erfolgreich ist, wenn die ökonomische Freiheit herbeigeführt ist und bis dahin könne man auf die politische und auf die menschliche Freiheit verzichten. Genau dieses hat die SPD nie gemacht. Der Freiheitsbegriff ist für uns umfassend und die SPD sollte stolz darauf sein, dass sie sich wirklich als die Partei der Freiheit bekennen kann und auch nennen darf.

In dem Zusammenhang eine kurze Bemerkung: Als ich noch jünger war als heute gab es eine lange Debatte darüber, dass ein damaliger sozialdemokratischer Finanzminister einmal im Deutschen Bundestag sagte, dass die CDU/CSU nicht in der Tradition dieser Freiheit steht. Das war noch eine politische Debatte, die geführt wurde, um deutlich zu machen, das deutsche Bürgertum und seine Parteien sollten schön ruhig sein, wenn sie so tun, als ob sie immer demokratisch und immer strukturiert gewesen wären und man es zulassen darf, dass sie zwölf Jahre der deutschen Geschichte einfach ausgeblendet werden. Das darf man nicht. Und es gehört eben auch zu der Geschichte der SPD als Partei der Freiheit, dass eben für diese Freiheit Menschen ins Exil gegangen sind, ins KZ geworfen wurden, in Gefängnissen waren, ermordet wurden, aufgehängt wurden.

Auch das gehört dazu. Und auch das ist etwas, wir haben eben kurz darüber geredet, darf man so was wie dieses Moorsoldatenlied heute Abend singen oder nicht, es gehört in irgendeiner Form schon zur Parteigeschichte nach meiner Einschätzung, weil es eben deutlich macht, dass jemand wie Carl von Ossietzky oder auch ein Willy Brandt oder auch ein Otto Wels für ihr Recht auf Demokratie und Freiheit gezwungen wurde, das Land zu verlassen, eingekerkert wurde,

ermordet wurde. Auf diese Opfer will ich gleich an anderer Stelle noch mal eingehen.

Ich will auch deutlich machen, dass die SPD für mich ganz persönlich die **Partei des Friedens** ist. Auch das ist etwas, worauf diese Partei stolz sein kann. Und Thorsten Schäfer-Gümbel hat darauf hingewiesen, natürlich gab es auch immer wieder Widersprüche in der Geschichte. Und auch dazu gehört die Debatte um die sogenannten Kriegskredite 1914. Auch das sollte man nicht aus dem Gedächtnis, das muss man sich auch nicht rausstreichen, so nach dem Motto, das gehört zu den schlechten Szenen, den Ungereimtheiten unserer Geschichte, sondern es gehört auch dazu, auch die Tatsache, dass die Partei sehr intensiv gestritten hat, ob dieser Weg richtig oder falsch ist.

Aber die SPD war die erste Partei, die sofort, als die Chance da war, den Frieden wieder herzustellen nach dem Ersten Weltkrieg, versucht hat, diese Chance zu ergreifen, dafür verfeimt wurde, viele auch ihrer Politiker verfeimt wurden. Übrigens auch Friedrich Ebert. Er und andere haben immer wieder gemahnt, auch im Verein mit anderen sozialdemokratischen Parteien Europas, dass die Sozialdemokratie eine Bewegung des Friedens ist. Und wenn wir heute über die Partei des Friedens reden, dann denken wir natürlich vor allem auch an Willy Brandt.

Wir tun es in großer Dankbarkeit und wir wissen alle, wie sehr wir uns gefreut haben, als er den Friedensnobelpreis bekam und wir alle zutiefst davon überzeugt waren, er hat ihn zu Recht bekommen. Denn er hat ihn bekommen, weil er, obwohl er in einer ganz schwierigen, historischen Situation Bürgermeister, Regierender Bürgermeister von Berlin-West war, nie aufgehört hat, sowohl an die deutsche Einheit als auch an den Weg des Friedens zur Durchsetzung dieses Ziels zu denken.

Und immer, wenn ich an Willy Brandt denke, dann denke ich auch, was war das für ein starker Mensch, der – obwohl persönlich verfeimt – eigentlich in der tiefen Überzeugung lebte, man braucht den ganz langen Atem, aber zum Schluss sind Demokratie und Freiheit stärker als Unterdrückung und autoritäre Regime. Und er hat Recht behalten.

Wir sollten das auch heute bedenken, wenn wir teilweise darüber nachdenken, ist denn diese Demokratie, ist diese Freiheit noch zukunftsfähig, ja oder nein.

Zum Schluss, glaube ich, sollten wir uns dazu bekennen, dass wir in der tiefen Überzeugung leben, dass Demokratie und Freiheit sicherlich schwieriger sind als autoritär einfach den Daumen drauf zu machen. Aber selbst in autoritären Regimen wie China werden wir erleben, dass auf Dauer Freiheit und Demokratie stärker sind und sie sich dem nicht entziehen können.

Und das sage ich auch sehr bewusst an die Adresse von einigen Wirtschaftsführern. Ich kann mich an ein Gespräch mit einem nicht ganz unwichtigen früheren Wirtschaftsführer erinnern, er ist nicht mehr im Amt, der zu mir sagte: „Wissen Sie, Herr Sommer, ob nicht die Idee des weisen Führers letztendlich der Idee der Freiheit und Demokratie überlegen ist, das weiß ich nicht.“ Ich sage, ich weiß es. Sie ist überlegen und auf Dauer wird man Menschen nicht unterdrücken können, weil die Menschen sich wehren werden. Gott sei Dank.

Und wenn ich über meine eigene Partei nachdenke und jetzt darüber geredet habe, dass sie die Partei des Friedens ist, dann will ich ausdrücklich daran erinnern, dass bei alledem, was mich zu der Person selbst trennt, dazu auch gehört, dass die Partei, die SPD, die Partei des Friedens war und ist und dazu gehört, auch die Rolle Gerhard Schröders bei der Ablehnung des Irak-Krieges – ohne jede Frage.

Übrigens ist die SPD auch die Partei Europas. Sigmar Gabriel weist gerne darauf hin, dass die SPD 1925 in einem Parteiprogramm beschlossen hat, dass sie die Vereinigten Staaten Europas will als politische Zielsetzung. Das ist ein unglaubliches Vermächtnis und wir sollten bei alledem, was uns heute plagt mit Europa, daran denken, dass wir die **Partei Europas** bleiben.

Ich will allerdings daran erinnern, dass wir auch grade hin zur jüngeren Generation das Ziel Europa neu denken und neu erarbeiten müssen. Das Europa des Friedens ist sicherlich ein Wert an sich. Aber für viele junge Menschen ist es heute eine Selbstverständlichkeit und auch da sage ich Gott sei Dank. Aber was Europa **auch** ausmacht, dass es ein Europa der Sozialstaaten ist, ein Europa der Demokratie sein muss, ein Europa des Zusammenwirkens und nicht nur ein ökonomischer Raum. Und es muss übrigens auch ein Europa der Solidarität sein. Das sage ich grade mit Blick auch auf die unglaublich und nicht hinzunehmende, in keiner Sekunde hinzunehmende Jugendarbeitslosigkeit in den Peri-

pherialändern, die wir heute erleben. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für dieses Europa, grade auch die Sozialdemokraten.

Die SPD ist übrigens auch die **Partei der sozialen Gestaltung der Globalisierung**. Heidemarie Wiczorek-Zeul hat da eben einige, wie ich fand, wichtige Bemerkungen dazu gemacht. Ich will nur zwei hinzufügen. Die SPD war gerade in den Glanzzeiten der Sozialistischen Internationalen eine Partei, zu der andere kamen, Befreiungsbewegungen kamen und gesagt haben, helft uns. Und wir haben geholfen. Ob Hans Matthöfer in Spanien, ob Portugal, ob in Ländern Afrikas, all überall haben wir geholfen, Südamerika, Nicaragua und, und, und, und.

Ein bisschen, wenn ich das mal so sehr dezent andeuten darf, hat die Sozialistische Internationale ja wohl ihren Glanz verloren. Es ist eben nicht mehr die SI Willy Brandts, Olof Palmes, Golda Meirs, Harold Wilsons, Bruno Kreiskys und wie sie alle hießen. Wir tun gut daran, daran nicht zu verzagen, sondern immer wieder einen neuen Anlauf zu unternehmen, zu wissen, die Sozialdemokratie ist auch eine internationalistische Bewegung. Das was jetzt in Leipzig begonnen wurde am Vorabend des Geburtstages der Partei, nämlich zu versuchen, über die Bildung einer „Progressive Alliance“ wieder etwas zu machen, dass wir Fortschritt in die Welt bringen, halte ich für extrem wichtig.

Und ich will ausdrücklich sagen, auch wir in der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind den Weg gegangen, die frühere Kraft wieder zu gewinnen und zum Zweiten auch zu versuchen, dass wir eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung auf der Welt haben.

Ich will allerdings ein zweites kritisches Wort mit anmerken. Wir brauchen national, europäisch und international sowohl starke sozialdemokratische Parteien als Gewerkschaften. Wir sind ja bekannterweise, ich komm da gleich noch mal drauf zurück, Einheitsgewerkschaft, sehr bewusst. Parteipolitisch unabhängig, also nicht Partei, aber auch nicht unpolitisch. Und wir teilen auch gerne aus, übrigens auch in Wahlkampfzeiten.

Aber wir haben natürlich ein Problem. National, europäisch und weltweit. Gewerkschaften sind immer nicht mehr und nicht weniger als Organisationen der Arbeit. Sie sind Interessenvertreter von Arbeiterinnen und Arbeitern. Sie sind

niemals Partei. Wir streben nicht nach politischer Macht. Wir brauchen aber sozusagen als Folie, auf die wir uns beziehen können, regierende Sozialdemokraten im Land, in Europa, in der Welt, weil ohne das uns ja der politische Adressat fehlt und wir bestenfalls immer nur sozusagen mit den fortschrittlichen Kräften der Neokonservativen an der einen oder anderen Stelle zusammenarbeiten können.

Aber ohne starke Sozialdemokraten wird uns der große Wurf nie gelingen, weil wir mit tarifpolitischen, mit betrieblichen Mitteln, mit Mitteln der Mitbestimmung niemals falsche politische Entscheidungen konterkarieren noch gestalten können – weder in Deutschland, noch in Europa, noch in der Welt.

Deswegen brauchen wir eine starke Sozialdemokratie überall auf der Welt. Und deswegen ist es für uns so wichtig, dass wir eine starke Sozialdemokratie haben, grade weil wir als stolzer Teil dieser Arbeiterbewegung sagen: Wir sind wer. Wir können auch was, aber wir wissen auch, was wir nicht können und was wir nicht sollen.

Und immer dann, wenn Gewerkschaften dem Versuch erlegen sind, Ersatzpartei zu werden, dann ist es schief gegangen. Ob das die Debatten so in der Zeit der Agenda waren hier in Deutschland, oder ob es Debatten waren in Israel, wo die Histadrut da eine eigene Partei gegründet hat usw. Ich könnte die Dinge alle aufzählen, rauf und runter und kann nur sagen, lasst es bleiben. Die Arbeitsteilung, die wir miteinander gefunden haben, Gewerkschaftsbewegung einerseits und der politische Arm der fortschrittlichen Kräfte, und das ist die Sozialdemokratie, andererseits, diese Arbeitsteilung ist gut, aber sie bedarf auch der beiderseitigen Stärke und Stärkung.

Beides brauchen wir.

Dabei sage ich dann auch, sozusagen mit einer kritischen Anmerkung, wenn wir über die soziale Gestaltung der Globalisierung sprechen, dann reden wir natürlich auch darüber, dass diese Globalisierung derzeit unter der Hegemonie des Neoliberalismus stattfindet. Und ich glaube, dass wir die Stärke nur wiedergewinnen können, wenn wir diese Hegemonie brechen. Thorsten, du hast völlig recht mit Blick auf die Banken und du hast völlig recht, wenn du darauf hinweist,

dass wir den Primat der Politik wieder herstellen müssen. Aber wir müssen es überall tun und wir dürfen dem neoliberalen Zeitgeist nicht auf den Leim gehen, obwohl wir wissen, dass Willy Brandt Recht hatte, als er mahnte: Wir müssen immer auf der Höhe der Zeit bleiben.

Das heißt aber nicht, dass wir immer mit dem Zeitgeist wandern müssen, zumal wenn er neoliberal ist.

Sozusagen zum Schluss möchte ich noch etwas sagen, was für mich die SPD **auch** ist. Sie ist die **Partei des kleinen Fortschritts** für die kleinen Leute. Das ist übrigens was ganz Großes. Die SPD war nie, vielleicht in ihren Anfängen, eine revolutionäre Partei. Sie hat dann sich sehr schnell zu einer reformistischen, aber damit sehr erfolgreichen Partei gewandelt, die immer wieder gesagt hat, wir erkämpfen den Fortschritt Stück für Stück, mal ein größeres Stück, mal ein kleineres Stück.

Manchmal ging es auch ein Stück zurück, aber sie muss eins bleiben: Sie muss diese reformistische Partei des Fortschrittes bleiben und sie muss es bleiben für die kleinen Leute. Wobei die kleinen Leute nicht mehr die kleinen Leute des Ursprungs sind. Das waren nur die Arbeiter. Es sind mittlerweile auch andere. Aber die kleinen Leut', wie der Kurt Beck so gerne sagt, für die sind wir da.

Und wir sind die Partei derer, die Partei der kleinen Leute oder derer, die es gut mit den kleinen Leuten meinen. Die anderen haben ihre eigenen Parteien, die brauchen die SPD dafür nicht. Das will ich an der Stelle auch sagen, was für mich auch zu dieser Partei gehört.

Ganz zum Schluss ist diese Partei für mich ein Zusammenschluss **von Menschen für Menschen** und wir hatten große Menschen in dieser Partei. Einige Namen sind genannt worden. Ich will die um einige ergänzen beziehungsweise wiederholen. Das ist eben Lassalle, Bebel, Liebknecht, Ebert, Müller, Wels, Schumacher, Brandt, Wehner, Carlo Schmid oder Annemarie Renger. Und ich hab bewusst Lebende jetzt nicht genannt. Ich glaube, die Geschichte sollte man immer so noch mal vielleicht mit fünf Jahren Distanz betrachten. Ich will allerdings auch daran erinnern, das sei mir nachgesehen, dass zu diesen großen Personen der deutschen Sozialdemokratie auch Gewerkschaftsführer gehörten, wie Legien,

Leuschner, Böckler, Brenner, Klunker oder Breit. Auch Willi Richter und andere. Die Namen, viele, viele von denen waren immer beides. Sie waren in allererster Linie Gewerkschafter, aber sie waren auch prägende Gestalten der Sozialdemokratie, die durchaus mit der Sozialdemokratie ihren Streit ausfechten konnten, aber trotzdem immer wussten, was und wo ihre politische Heimat ist.

An einen möchte ich besonders erinnern, an Wilhelm Leuschner. Er bedeutet mir persönlich sehr, sehr viel. Er ist für mich sozusagen der Urahn der Einheitsgewerkschaftsbewegung. Er war hier in Hessen Innenminister und als ich vor einigen Jahren die Ehre hatte, mit das Gewerkschaftshaus, das neue Gewerkschaftshaus der IG Metall eröffnen zu dürfen, habe ich den Kollegen gesagt: Besonders stolz dürft ihr auf eure Postanschrift sein. Es ist nämlich die Wilhelm-Leuschner-Straße. Das gilt übrigens auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund und ich freue mich sehr, dass wir dieses Andenken an Wilhelm Leuschner auch wachhalten. Weil er jemand war, der in vielfacher Hinsicht das verkörpert, wofür Sozialdemokratie und SPD stehen. Er kämpfte gegen die Nazis in Hessen. Er kämpfte für die Demokratie und für die Freiheit unter den Nazis und er sorgte mit seinem Vermächtnis dafür, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung geeint wurde. Und in seinen Fußstapfen befinden sich viele heute und diese vielen gehören auch mit zur Geschichte der Sozialdemokratie, leider wurden sie bislang nie in Festreden genannt, die vielen sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Allerdings will ich eins auch sagen: Die deutsche Sozialdemokratie ist vor allem auch eins. Sie ist heute der Zusammenschluss von über 500.000 Männern und Frauen, die sich dieser Partei verbunden fühlen, die ihren Beitrag bezahlen, die in den Ortsvereinen oder in Abteilungen sind, die Funktionen übernehmen, die an den Infoständen stehen, die sich in den berühmten Hinterzimmern versammeln, Menschen also ohne die Demokratie, lebendige Demokratie nicht denkbar wäre. Und die unterschiedlichste Anschauungen haben, aber die eins eint: Sie stehen gemeinsam für die Idee Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

## Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

### Zuletzt sind erschienen:

Heike Christina Mätzing

Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 33 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 102)

ISBN 978-3-86498-538-6

Karl Christian Führer

Carl Legien. Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer es verdient hat, erinnert zu werden. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – (i. E.)

(Gesprächskreis Geschichte; 101)

ISBN 978-3-86498-513-3

Heinrich-August Winkler

Die Ehre der deutschen Republik. Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 28 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 100)

ISBN 978-3-86498-502-7

Volker Weiß

Moses Hess (1812–1875). Leben, Werk und Erbe eines rheinischen Revolutionärs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 99)  
ISBN 978-3-86498-423-5

Klaus Schönhoven

Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 98)  
ISBN 978-3-86498-408-2

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 128 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 97)  
ISBN 978-3-86498-410-5

Mike Schmeitzner

Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 50 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 96)  
ISBN 978-3-86498-153-1

Marc Buggeln

Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 170 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 95)  
ISBN 978-3-86498-090-9

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 94)  
ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkering

„Flucht und Vertreibung“ ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauerausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Diskussion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 91)

ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 92 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 90)

ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 89)

ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 88)

ISBN 978-3-86872-412-7